Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Schul-, Jugend- und Sozialausschuss
vom: 10.10.2018

10. Sitzungsperiode / 10. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:02 Uhr
Ende: 21:23 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Frau Christel Sicking
2. Frau Barbara Seidensticker-Beining
3. Frau Maria Bone-Hedwig
4. Frau Elisabeth Nienhaus
5. Frau Karin Schmittmann
6. Herr Reinhold Kleinemühl
7. Herr Bernhard Haverkock
8. Frau Iris Jediß
9. Herr Dr. Heinz-Joachim Musholt
10. Herr Hermann Damm

Vertreter/in für:

Herr Paul Schücker

II. Entschuldigt:

1. Herr Michael Schichel
2. Herr Pfarrer Stefan Scho
3. Frau Hildegard Schlechter
4. Herr Jörg Schlechter
5. Herr Paul Schücker

III. Verwaltung:

1. BM Christian Vedder (ab TOP I.6)
2. AL 10 - Werner Stödtke
3. AL 32 - Matthias Lüke (bis einschl. TOP I.8)
4. AL 60 – Dirk Vahlmann (bis einschl. TOP I.6)
5. stv. AL 10 – Nicole Mecking

IV. Gäste

- 1 Frau Bettina Kisfeld, Schulsozialarbeiterin an beiden Grundschulen (zu TOP I.2)
- 2 Frau Köppen, Schulleiterin der von-Galen Grundschule, Oeding (zu TOP I.3)
- 3 Sebastian Terhart, Medienbeauftragter der von-Galen Grundschule, Oeding (zu TOP I.3)
- 4 Frau Voß, Schulleiterin der St. Vitus-Grundschule, Südlohn (zu TOP I.3)
- 5 Herr Noé, Medienbeauftragter der St. Vitus Grundschule, Südlohn (zu TOP II.2)
- 6 Frau Katrin Heling, Dipl.-Sozialarbeiterin des Jugendwerkes Südlohn-Oeding e.V. (zu TOP II.2)
- 7 Herr Michael Helten, Drogenberatungsstelle Bocholt

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

Seitens der **UWG-Fraktion** wurde angefragt, ob der Tagesordnungspunkt II.2. „Vortrag von Frau Katrin Heling, Dipl. Sozialarbeiterin Jugendwerk Südlohn-Oeding e.V.und Herr Michael Helten, Drogenberatungsstelle Bocholt“ nicht im öffentlichen Teil diskutiert werden könnte.

Seitens der Verwaltung wird hierzu erklärt, dass es sich um eine personengebundene Anfrage handelt und daher die weitere Beratung nichtöffentlich geführt wird. Nicht schützenswerte Interessen werden aber zeitnah der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dies ist bereits mit dem Jugendwerk und den Referenten abgesprochen.

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: **Einstimmig**

TOP 2.: Vorstellung der neuen Schulsozialarbeiterin an beiden Grundschulen

Sitzungsvorlage-Nr.: 135/2018

Frau Bettina Kisfeld stellt sich und ihre bisherige Vita vor.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden von ihr beantwortet.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 3.: Medienkonzept der St. Vitus Schule Südlohn und der von Galen Schule Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 126/2018

Herr Terhart, Medienbeauftragter und Lehrer an der von-Galen Grundschule, Oeding stellt das Medienkonzept beider Grundschulen anhand einer Power Point Präsentation ausführlich vor. Er dankt dem Fachausschuss und den anwesenden Eltern für ihr Interesse.

Die **Ausschussvorsitzende (AV) Frau Sicking** dankt **Herrn Terhart** für die ausführlichen Informationen und bittet die Ausschussmitglieder Fragen zu stellen.

Die **CDU-Fraktion** möchte wissen, ob die Kinder ihre eigenen Geräte mitbringen können und diese dann auch mit den vorgesehenen Geräten kompatibel sind. **Herr Terhart** erläutert, dass in Grundschulen derzeit noch nicht mit dem „Bring your own device“ (Bringen Sie ihr eigenes Gerät mit.) Prinzip gearbeitet wird, da Kinder in der 1. und 2. Klasse in der Regel noch über kein eigenes Tablet verfügen und kein Sozialneid entstehen soll.

Die **SPD-Fraktion** dankt der **Verwaltung** für die gut ausgearbeitete Vorlage und **Herrn Terhart** für den guten Vortrag. Weiter merkt sie an, dass das Schreiben der Schulleitungen zwecks Sponsoring bei einzelnen Gewerbetreibenden der Gemeinde für die technische Ausstattung der Schulen nicht sonderlich gut angekommen ist.

Herr Stöttke, AL 10 berichtet in diesem Zusammenhang von der Auftaktveranstaltung „Digitaloffensive Schule NRW“ am 04.10.2018. Hier waren auch Vertretungsorgane der Wirtschaft mit eingebunden, die ausdrücklich die Digitalisierung in Schulen positiv begleitet haben. Dies auch schon ab Grundschulalter. Dies

muss nicht zwangsläufig durch finanzielle Mittel erfolgen sondern könnte auch durch Unterstützungsleistung („Man-Power“) z.B. im Haus der Kleinen Forscher der OGS erfolgen, so **Herr Stöttke**. Wichtig ist hier aus Sicht der Schulen und des Schulträgers, dass auch der Wirtschaft vor Ort diese Digitalisierungsbemühungen bekannt sind und ggfs. unterstützt werden kann.

Auf die Nachfrage der **UWG-Fraktion**, mit welchem Zeitanteil die Tablets im Unterricht genutzt werden, erklärt **Herr Terhart** das dies schlecht einschätzbar und abhängig von der Gestaltung des Unterrichts sei, seine Kolleginnen aber gern mit diesen arbeiten. **Frau Voß, Schulleitung St. Vitus Grundschule Südlohn** ergänzt, dass die Arbeit mit dem Tablet in der heutigen Zeit ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts ist und auf sog. zwei Säulen aufgebaut wird (über die Medien sprechen und mit den Medien arbeiten).

Zwischen der Sitzungsvorlage (Auftragsvolumen: 76.500 EUR) und dem vorgestellten Angebot (132.000 EUR) liegt eine Differenz, die von der **SPD-Fraktion** nicht nachvollzogen werden. Daher möchte diese wissen, wie sichergestellt wird, dass die kompletten Mittel zur Verfügung stehen. **Herr Stöttke** erläutert, dass wie in der Sitzungsvorlage beschrieben 76.500 EUR in 2019 in den Haushalt eingestellt werden und für 2020 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 56.000 EUR in den Haushalt einzustellen ist. Diese beiden Summen addiert ergeben die Summe des Angebotes. Hierzu ist dann weiter die in Aussicht gestellte Förderung durch den Bund zu prüfen und nach Vorliegen der Förderbedingungen zeitnah zu beantragen.

Die **UWG-Fraktion** fragt nach, ob in dem vorliegenden Angebot bereits die Software der Tablets enthalten ist. Dies wird von **Herrn Terhart** bejaht. Weitere Software-Anschaffungen bzw. Erweiterungen laufen über den jährlichen Schuletat. Weiter erkundigt sich die **UWG-Fraktion** nach der Zuständigkeit für Sicherheit und Support der Tablets. **Herr Stöttke** erläutert, dass dies grundsätzlich die Aufgabe des Schulträgers und ein großer Zeit- als auch Kostenfaktor ist. Von Landesseite wurde bereits mitgeteilt, dass die Schulpauschale im Rahmen der Digitalisierung an Schulen angehoben werden soll. Es werden aber wahrscheinlich alle zusätzlich entstehenden Kosten über erhöhte Zuweisungen aufgefangen werden können.

Abschließend regt die **SPD-Fraktion** an, man solle neben der Nutzung von Medien auch den richtigen Umgang mit Medien vermitteln. Dies ist laut **Herrn Terhart** bereits im Lehrplan vorgesehen.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, wie folgt zu beschließen:

Die Ausführungen der gemeindlichen Schulen zum Medienkonzept werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf dessen Grundlage wird die Verwaltung beauftragt, einen Medienentwicklungsplan je Schulstandort zu entwickeln.

Für das Haushaltsjahr 2019 werden zunächst 76.500,-- € für die Beschaffung von Tablets, einem Tabletwagen und 8 Activeboards in die Haushaltsplanung eingestellt.

Für das Haushaltsjahr 2020 ist die Restbeschaffung von 8 Activeboards in Höhe von 56.000,-- € im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt einzustellen.

TOP 4.: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule an beiden Grundschulen der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 136/2018

Die **Grüne-Fraktion** regt an, bei einer Staffelung der Beiträge den Personenkreis mit einem Jahreseinkommen von bis zu 18.000 EUR (brutto) beitragsfrei zu stellen. Gerade Leistungsempfänger und Familien mit wenig Geld sollen besonders berücksichtigt werden.

Herr Stöttke, AL 10 erläutert, dass die Alternative 1 mit einer Staffelung nach Einkommen sozial gerechter ist. Hier ist allerdings auch ein erhöhter personeller Aufwand der Verwaltung zu berücksichtigen.

Aufgrund rechtlicher Änderungen ist aber auf jeden Fall eine Elternbeitragsatzung für die Beiträge der Offenen Ganztagschule (OGS) zu erlassen. Zunächst muss nun eine Entscheidung über die Art der Beitragsgestaltung und anschließend über deren Höhe getroffen werden.

Aus Sicht der **SPD-Fraktion** ist die Alternative 1 sozialverträglicher – zudem sollte die Beitragsbefreiung bis zu einem Jahreseinkommen von 25.000 EUR gehen.

Diese Entscheidung ist auf politischer Ebene zu treffen, so **Herr Stöttke**. Er gibt jedoch zu bedenken, dass hierdurch ein Einnahmeausfall für die OGS eintreten wird und dadurch der gemeindliche Eigenanteil an der OGS steigen müsse. Das muss politisch abschließend entschieden werden und das erhöhte Defizit entsprechend eingeplant werden. Diese Grundsatzdiskussion müsse jetzt erfolgen.

Die **UWG-Fraktion** fragt nach, ob vorgesehen ist, die Familien, die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) erhalten auch weiterhin von dem monatlichen Beitrag zu befreien. Dies wird von der **Verwaltung** bejaht. Weiter favorisiert die **UWG-Fraktion** Alternative 2, da diese einfacher zu handhaben ist.

Die **CDU-Fraktion** favorisiert ebenfalls die Alternative 2.

Die von der **CDU-Fraktion** und der **UWG-Fraktion** favorisierte Alternative 2 hält die **SPD-Fraktion** nicht für angemessen, da 60 EUR für Familien im Leistungsbezug sehr viel Geld ist. Die **Verwaltung** merkt an, dass wie bisher alle Familien im Leistungsbezug von den monatlichen Beiträgen befreit sind. In Notsituationen könnten auch Einzelfallregelungen getroffen werden.

Die **Grüne-Fraktion** schließt sich der **SPD-Fraktion** an. Für sie ist die Teilnahme an der OGS ein wichtiger Bestandteil im Leben – auch für Personen, die „schlechter“ gestellt sind.

Weiter führt die **SPD-Fraktion** an, dass die Alternative 1 mehr Gerechtigkeit ausweist („Wer viel verdient – kann auch viel bezahlen“). Daher sollten aus ihrer Sicht ab einem Brutto-Jahreseinkommen von 37.000 EUR monatlich 50,- EUR gezahlt und die Empfänger von Sozialleistungen weiter von dem OGS-Beitrag befreit werden. Sie kann nicht nachvollziehen, dass auf Bundes- und Landesebene vom Ausbau der Gebundenen Ganztagschulen gesprochen wird, hierfür aber keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eigentlich müssten hiernach die Eltern beitragsfrei gestellt werden.

Herr Stöttke stellt klar, dass in NRW offene Ganztagschulen im Bereich der Primarstufe betrieben werden. Wären es gebundene Ganztagschulen, würden die Kosten für das im Regelfall pädagogische Personal komplett dem Land zufallen, wie bei den Lehrerstellen. Das wäre auch aus Sicht von Schule und Verwaltung die richtige Lösung. Das ist dann Aufgabe der Landespolitik.

Beschluss:

3 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, wie folgt zu beschließen:

Alternative 1:

Die Beitragshöhe gemäß § 7 der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule in den Grundschulen der Gemeinde Südlohn wird im Rahmen einer Beitragsstaffelung nach dem Brutto-Jahreseinkommen der Beitragspflichtigen ermittelt.

Beschluss 2:

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Alternative 2:

Die Beitragshöhe gemäß § 7 der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule in den Grundschulen der Gemeinde Südlohn wird einheitlich angepasst.

Beschluss 3:

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Beitragshöhe gemäß § 7 der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule in den Grundschulen der Gemeinde Südlohn wird auf 60,- EUR festgesetzt.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird darüber gesprochen zu welchem Zeitpunkt die Satzung und somit der neue Beitrag in Kraft treten sollte und wie mit den „Altfällen“ umzugehen ist.

Beschluss 4: **6 Ja-Stimmen**
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Satzung mit den neuen Beiträgen tritt mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 zum 01.08.2019 in Kraft. Den sog. Altfällen steht zum 15.03.2019 ein Sonderkündigungsrecht zu.

TOP 5.: Stand Ersatzbau St. Vitus Schule

Sitzungsvorlage-Nr.: 134/2018

Herr Vahlmann, AL 60, berichtet ausführlich über die bereits abgeschlossenen Arbeiten an der Südlohner Grundschule und stellt den Ablauf der Baumaßnahmen mündlich da.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Die **SPD-Fraktion** regt an, dass die Entscheidungen über das anzuschaffende Mobiliar im Fachausschuss und nicht im Arbeitskreis beraten und entschieden werden sollten. **Herr Vahlmann** erläutert, dass der Arbeitskreis die Entscheidung ggfls. nur vorbereiten kann und die endgültige Entscheidung dem Ausschuss bzw. Rat obliegt. Ein Ansatz für Inventar wird im Haushalt 2019 abgebildet.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 6.: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2018 betr. Erstellung eines Wohnraumkonzeptes für die Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 118/2018

Die **SPD-Fraktion** erläutert ihren Antrag vom 15.04.2018. In diesem Antrag wird u.a. vorgeschlagen, bei der künftigen Ausweisung von neuen Baugebieten Bauplätze für sozialen Wohnungsbau auszuweisen. Die **SPD-Fraktion** schlägt vor Investoren zu suchen, die in der Gemeinde bezahlbaren Wohnraum bauen.

BM Vedder erklärt, dass die Verwaltung bereits auf der Suche nach möglichen Investoren ist und bereits Interessenten da sind. Es soll zeitnah ein Termin mit der NRW.Bank zur Erörterung von Finanzierungsmöglichkeiten erfolgen.

Sobald der Rat das Integrierte Handlungskonzept beschlossen hat, so **Herr Vahlmann**, können ebenfalls Förderanträge bei der Bezirksregierung gestellt werden.

Die **Grüne-Fraktion** möchte von der **Verwaltung** wissen, wie viel geförderter Wohnraum in der Gemeinde bereits vorhanden und wie viel geplant ist. Weiter wird von der **Grüne-Fraktion** favorisiert, künftig 10 % der Bauplätze in neuen Baugebieten der gemeindlichen Förderung und Förderung von Investoren zur Verfügung zu stellen.

BM Vedder erklärt, dass die gewünschten Zahlen erst nach Erstellung des Wohnraumkonzeptes vorgestellt werden können. Die aktuellen Bestandszahlen werden nachgereicht. *(Anmerkung der Verwaltung: Laut Mitteilung des Kreises Borken gibt es in der Gemeinde Südlohn derzeit 129 Sozialwohnungen, das sind Altenwohnungen, Singlewohnungen und Einfamilienhäuser. Die Förderung dieser Wohnungen erfolgt auf Antrag und läuft regelmäßig 20-25 Jahre. Weiter teilt der Kreis Borken mit, dass dringend Sozialwohnungen im Kreis Borken benötigt werden – hier aber zunächst Investoren gefunden werden müssten.)*

Die **SPD-Fraktion** sieht Handlungsbedarf. Es fehlen jetzt bereits Sozialwohnungen. Anerkannte Asylbewerber z.B. finden keine bezahlbaren Wohnungen und sind immer noch in gemeindeeigenen Wohnungen untergebracht.

BM Vedder bestätigt diese Auffassung. Er wirbt dafür, Investoren frühzeitig mit ins Boot zu holen, damit deren Ideen bereits bei der Erstellung des Konzeptes mit eingearbeitet werden können.

Aus Sicht der **UWG-Fraktion** ist durch den Antrag der **SPD-Fraktion** nun die Öffentlichkeit informiert und der erste Schritt in die richtige Richtung ist getan.

Beschluss: **9 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss schließt sich dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss an und empfiehlt dem Rat, dass Wohnraumversorgungskonzept als Fördermaßnahme im Integrierten Handlungskonzept zu beschließen und Fördermittel zu beantragen und im Haushalt 2019 30.000,00 EUR hierfür bereitstellen.

TOP 7.: **Sozialbericht 2017 - Leistungen und Hilfen des gemeindlichen Sozial- und Versicherungsamtes**

Sitzungsvorlage-Nr.: 128/2018

Die **AV Frau Sicking** dankt **Herrn Lüke, AL 32** für den ausführlichen Bericht.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Beschluss: -/-

TOP 8.: **Vorstellung des Integrationskonzeptes der Gemeinde Südlohn**

Sitzungsvorlage-Nr.: 132/2018

Herr Lüke, AL 32, stellt das bereits der Sitzungsvorlage beigefügte Integrationskonzept den Ausschussmitgliedern ausführlich vor.

AV Frau Sicking möchte wissen, ob die ehrenamtlich Engagierten mit in die Erarbeitung dieses Konzeptes einbezogen worden sind. Dies wird von **Herrn Lüke** bejaht.

Die **SPD-Fraktion** fragt, ob es noch möglich ist, Ideen und Anregungen zum Integrationskonzept einzubringen. **BM Vedder** bejaht dies. *(Anmerkung der Verwaltung: Ideen und Anregungen zum Integrationskonzept werden von Herrn Lüke oder Herrn Kückelmann gern entgegen genommen. Dies kann ggfls. in einem persönlichen Gespräch erfolgen.)*

Die **UWG-Fraktion** erkundigt sich, wie die Flüchtlinge bei berufsorientierten Praktika in den Unternehmen versichert sind und wer für eventuelle Schäden aufkommt. **Herr Lüke** führt aus, dass zu Beginn der Flüchtlingswelle zunächst der Anreiz darin lag, alle Flüchtlinge unterzubringen und keine schriftlichen Absprachen erfolgt sind. Mittlerweile gibt es diese schriftlichen Vereinbarungen mit den Betrieben. Häufig wird der Kontakt aber auch zwischen den Mitarbeitern und den Flüchtlingen hergestellt.

Die **CDU-Fraktion** geht auf die Ausführungen von **Herrn Lüke** ein und erkundigt sich danach, ob es in der Gemeinde auch „Einzelkämpfer“ gibt. **Herr Lüke** berichtet, dass der Großteil hier Familien sind. „Einzelkämpfer“ in dem Sinne sind ihm nicht bekannt.

Die **SPD-Fraktion** wirbt für mehr freiwillige Helfer im Integrationsstübchen und macht noch einmal auf das 1x jährlich stattfindene Sommerfest der Kulturen aufmerksam. Dort kann neben den Sprachkursen ebenfalls die Sprache und die Integration gefördert werden. Auch auf dem kommenden Mittelaltermarkt vom 26.10. bis 28.10.2018 im OT Oeding wird man dort Aktivitäten sehen können. **Herr Lüke** bietet an, dass solche Termine gern über die Gemeindeverwaltung bekannt gegeben werden.

Abschließend fasst **Herr Lüke** zusammen, dass das Integrationskonzept nur durch den aktiven Austausch und Gespräche gelebt und weiterentwickelt werden kann. Von **Herrn Stöttke** wird ergänzt, dass jederzeit

die Möglichkeit besteht, Sozialarbeiter und Personen, die eng mit den Flüchtlingen zusammen arbeiten, in einer Sitzung des Ausschusses vortragen zu lassen. Dies sollte nach ersten Erfahrungen mit dem Konzept in einer zukünftigen Ausschusssitzung erfolgen.

Beschluss: -/-

TOP 9.: Mitteilungen und Anfragen

TOP 9.1.: Bolzplatz hinter dem St. Vitus Kindergarten, Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

AM Herr Kleinemühl erkundigt sich nach dem Ergebnis seiner Anfrage aus der Sitzung vom 21.03.2018 (TOP 6.5 – öffentlicher Teil).

BM Herr Vedder berichtet, dass er noch keine Gespräche diesbezüglich geführt hat und sagt zu, sich darum zu kümmern.

Christel Sicking
Ausschussvorsitzende

Nicole Mecking
stv. AL 10